

Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg



# *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte*

*Heft 10*

- Halle 2001 -

**Impressum:** Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.  
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper  
Redaktion: Inga Grebe und Daniel Bohse (v. i. S. d. P.)  
ISSN: 1433-7886

**Druck:** Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

## **Inhalt**

### **Jan Gerber**

*Auf der Suche nach Normalität. Der Antizionismus der westdeutschen Stadtguerrilla.....5*

### **Christina Schröder**

*Sozialismus und Versorgungsprobleme: Die Zunahme materieller Unzufriedenheit und das Ende der DDR.....43*

### **Jana Wüstenhagen / Karsten Rudolph**

*13. August 1961 – Die beiden deutschen Staaten auf der Leipziger Messe.....91*

### **Georg Wagner-Kyora**

*Arbeiter verhandeln? – Betriebsalltag, Konfliktverhalten und Mentalität von Chemikern in den Leuna- und den Buna-Werken 1949 - 1989. Ein Projekt zur Erforschung der Arbeitergeschichte des Landes Sachsen-Anhalt.....119*



### 13. August 1961 – Die beiden deutschen Staaten auf der Leipziger Messe

*Von Jana Wüstenhagen (Halle/Saale) und Karsten Rudolph (Bochum)*

Von Anfang an nahm die traditionsreiche Leipziger Messe eine herausragende Stellung in der außenhandelspolitischen Planung der SED-Führung ein und bildete ein zentrales Element ihrer Außenpolitik vor der internationalen Anerkennung 1973.<sup>1</sup>

Schon kurz nach der Wiedereröffnung im März 1946 erkannte diese die Messe als eine wirksame Propagandaveranstaltung und nutzte sie, um Teilnehmer aus westlichen Industriestaaten zu beeinflussen. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges kam dabei der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik eine besondere Bedeutung zu. Diese resultierte nicht zuletzt aus deren herausragender Position als größter Aussteller aus dem so genannten kapitalistischen Wirtschaftsgebiet. Um so schwerer wog daher die Tatsache, daß infolge des Mauerbaus zahlreiche westdeutsche und Westberliner Unternehmen der Messe in den folgenden Jahren fernblieben. Der Boykott war indessen in der Bundesrepublik selbst nicht unumstritten, wie sich schon nach kurzer Zeit herausstellte.

Von der zeitgenössischen Propaganda abgesehen, sind bislang kaum Details über diesen Aspekt der deutsch-deutschen Beziehungen bekannt. Diese Lücke will der folgende Beitrag schließen, für den vornehmlich unveröffentlichte Archivbestände aus der DDR und bundesdeutschen Archiven ausgewertet wurden. Zum ersten Mal können so die Ereignisse sowohl aus Sicht der ostdeutschen (Jana Wüstenhagen) als auch der westdeutschen Akteure (Karsten Rudolph) in einer direkten Gegenüberstellung geschildert werden.

---

<sup>1</sup> Zur Geschichte der Leipziger Messe siehe Hartmut Zwahr, Thomas Topfstedt, Günter Bentele (Hg.), *Leipzigs Messen 1497-1997. Gestaltwandel – Umbrüche – Neubeginn*, 2 Bde., Köln u.a. 1999. Zur Bedeutung der Messe für die SED-Führung vgl. Jana Wüstenhagen, *Staatsveranstaltung und Familienfest. Die DDR und die Leipziger Messe*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)*, 5/2000, S. 423-439.

## *I. Die Leipziger Messe und der Bau der Berliner Mauer aus ostdeutscher Perspektive*

### *a) Vor dem Mauerbau*

Am 2. August 1961 teilte der Springer-Verlag in der Tageszeitung „Die Welt“ mit, daß er Werbeanzeigen für die Leipziger Messe aus Protest gegen die von der SED-Führung propagierte „Zwei-Staaten-Theorie“ nicht mehr veröffentlichen werde. Im Leipziger Messeamt ist der betreffende Zeitungsausschnitt zwar archiviert worden, löste jedoch keine übermäßige Aufregung aus.<sup>2</sup> Denn zu diesem Zeitpunkt verfügte die Messeleitung bereits über einen detaillierten Maßnahmenplan für den Fall westlicher „Störtätigkeit“. In einem vertraulichen Papier der Abteilung Organisation und Verkehr im Messeamt vom 21. Juli 1961 wurden genaue Regelungen für den Personen- und Frachtverkehr festgelegt. Und zwar getrennt für den Fall eines Abbruchs des innerdeutschen Handels durch Westdeutschland wie auch eines Boykotts seitens aller NATO-Staaten. In beiden Fällen sollten Messeguttransporte auf Häfen in Polen bzw. Jugoslawien und Italien umgeleitet und von dort mit Hilfe polnischer bzw. tschechoslowakischer Stellen nach Leipzig transportiert werden. Im Personenflugverkehr sollten Verbindungen nach Stockholm, Zürich, Wien und Prag zusammengestellt werden.<sup>3</sup>

Auch hinsichtlich der Werbemaßnahmen war das Messeamt gut vorbereitet. Ende Juli 1961 hatte es verschiedene Möglichkeiten der Einflußnahme auf Aussteller und Besucher der kommenden Herbstmesse erarbeitet. So sollten die westdeutschen und Westberliner Aussteller durch Briefe, „evtl. über Prag, Stockholm oder Wien“ über die Messe informiert werden.<sup>4</sup> Die Argumente, die das Amt für eine Messeteilnahme zusammen getragen hatte, reichten dabei von der Androhung, im Falle einer Kündigung bereits gezahlte Standmieten nicht zurückzuerstatten über die Darstellung der Sinnlosigkeit eines Boykotts, da die Aufwärtsentwicklung der DDR und des sozialistischen Lagers mit oder

---

<sup>2</sup> Vgl. Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Bestand Leipziger Messeamt II (StAL VEB LMA), Nr. 589.

<sup>3</sup> Vgl. Organisation und Verkehr. Betr.: Regelung des Personen- und Frachtverkehrs bei evt. Störtätigkeit nach Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR, Leipzig den 21.7.1961. Mit dem handschriftlichen Vermerk „Vertraulich“, ebenda, Nr. 784.

<sup>4</sup> Maßnahmen (mit dem handschriftlichen Zusatz „Vorgeschlagene“), Leipzig, am 28.7.1961, ebenda.

ohne Embargo nicht aufzuhalten sei bis zu dem Hinweis auf die Konkurrenten der bundesdeutschen Wirtschaft. Die übrigen kapitalistischen Länder würden sich nämlich in steigendem Maße an den Leipziger Messen beteiligen.<sup>5</sup>

Dennoch veranlaßte die aufgeheizte politische Atmosphäre im Sommer 1961 die Messeleitung zu besonderen Schritten. Am 21. Juli 1961 war die Firma Thomas, in Westberlin mit der Messewerbung an öffentlichen Plätzen beauftragt, von diesem Auftrag zurück getreten.<sup>6</sup> In der Bundesrepublik sollte nun die Plakatierung in den Städten „wo möglich“ früher begonnen werden.<sup>7</sup> Dies betraf vor allem Bonn mit 34, Stuttgart mit 27 und Düsseldorf mit 25 Stellen. Danach folgten Garmisch-Partenkirchen und Hannover mit jeweils fünf Werbeflächen sowie nochmals Hannover, Frankfurt, Hamburg, Nürnberg und München, wo an Bauzäunen entsprechende Messeposter angebracht werden sollten. In der bundesdeutschen Presse sollten alle in der Zeit vom 10. bis zum 24. August geplanten Werbeanzeigen „kurzfristig eine Woche“ vorverlegt werden. Unklar ist bislang, ob dies auf eine Weisung der SED-Spitze in Berlin zurück ging und im unmittelbaren Zusammenhang mit dem 13. August stand.

Auch die Ereignisse, die sich im Leipziger Messeamt unmittelbar am Tag des Mauerbaus abgespielt haben, lassen sich noch nicht in allen Einzelheiten rekonstruieren. Die bislang eingesehenen Dokumente deuten jedoch darauf hin, daß es unter den Mitarbeitern in Leipzig zu keinem bemerkenswerten Tumult gekommen ist. In allen Abteilungen habe zwar eine „diskussionsfreudige Stimmung“ geherrscht, jedoch habe es „keine feindlichen Argumente“ gegeben.<sup>8</sup> Gleichwohl scheint die Lage in den darauffolgenden Wochen für die Messeleitung unübersichtlich gewesen zu sein. So hatte die Kaderabteilung von der Verhaftung einer Angestellten im Einlaßdienst erfahren, dafür von den zuständigen Staatsorganen jedoch auch zwei Tage später noch keine Bestätigung erhalten können.<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. Argumente, Leipzig am 27.7.1961, ebenda.

<sup>6</sup> Gründe werden in den Akten des Messeamtes nicht genannt, ein Zusammenhang mit der zugespitzten Berlin-Situation läßt sich aber aufgrund der kurzfristigen Absage vermuten. Vgl. Insertion in WD [Westdeutschland, J.W.], o.D., ebenda.

<sup>7</sup> Insertion in WD o.D., ebenda. Das Folgende vgl. ebenda.

<sup>8</sup> Niederschrift über die Zentrale Arbeitsbesprechung (ZAB) am 15.8.1961, ebenda, Nr. 915.

<sup>9</sup> Vgl. Zwischenbericht über die Arbeit der Kaderabteilung für die Vorbereitung und Durchführung der Leipziger Herbstmesse 1961, Leipzig, den 9.9.1961, gez. Bauer,

Dennoch stellte sich die Situation unmittelbar nach dem 13. August 1961 eher entspannt, denn hektisch dar. Am 15. August um 10 Uhr fand (regulär) die erste Zentrale Arbeitsbesprechung im Leipziger Messeamt nach dem Mauerbau statt.<sup>10</sup> Lediglich eine Veränderung in der Tagesordnung ließ eine außerplanmäßige Situation vermuten. Ursprünglich war eine Anleitung durch den Präsidenten der Kammer für Außenhandel, Fritz Koch, vorgesehen. Diese fiel aber ohne Angabe von Gründen aus und Messeamts-Direktor Rolf Lemser selbst übernahm die Leitung. Thema war die Vorbereitung der Herbstmesse im September 1961. Die Abteilungsleiter bekamen Order, ihre Kollegen zu parteilichen Stellungnahmen zum 13. August bewegen, mit der Auflage, daß diese „nicht nur leere Worte“ sein dürften.<sup>11</sup> Zugleich durften alle Gespräche und Fernschreiben mit Westdeutschland und Westberlin ab sofort nur noch über die Abteilung Ausstellerwerbung und den Bereich Vermietung geführt werden.

Eine bemerkenswert großzügige Regelung erhielten die privaten Ferngespräche der Mitarbeiter in die Bundesrepublik. Die Vorschrift der Messeleitung, diese sofort einzustellen, wurde praktisch durch den Zusatz wieder aufgehoben, die Abteilungsleiter sollten zumindest feststellen, ob sie „dringenden Charakter“ haben.<sup>12</sup> Was die Messedurchführung unmittelbar betraf, so ging es am 15. August lediglich um Überstundenregelungen und die Entsendung von Delegationen aus DDR-Betrieben nach Leipzig.<sup>13</sup>

Erst am 24. August faßte die Leitung der SED im Messeamt einen Beschluß über die Umbesetzung von sogenannten Schwerpunktstellen, der zur Grundlage für die Kaderarbeit nach dem Mauerbau wurde.<sup>14</sup> Die Folge war, daß es für die Kaderabteilung des Messeamtes zur „vordringlichste[n] Aufgabe“ wurde, politisch zuverlässige Arbeitskräfte für die Herbstmesse zu beschaffen.<sup>15</sup> Im Falle der Dolmetscher gelang dies auch

---

Abteilungsleiter Kaderabt[eilung], ebenda, Nr. 1199.

<sup>10</sup> Niederschrift über die Zentrale Arbeitsbesprechung (ZAB) am 15.8.1961, ebenda, Nr. 915.

<sup>11</sup> ZAB, 15.8.1961, ebenda, Nr. 915.

<sup>12</sup> Niederschrift [Durchschlag, J.W.] über die ZAB vom 15.8.1961, ebenda.

<sup>13</sup> Vgl. Leipziger Messeamt – Sekretariat – Leipzig C 1, Kammer für Außenhandel der DDR. Z.Hd. Genossen Präsident Koch, 16.8.61, Direktoren-Sitzung am 15.8.61, ebenda, Nr. 472.

<sup>14</sup> Vgl. Information über den Stand der kaderpolitischen Maßnahmen zur Sicherung der Aufgaben im Betrieb, Leipzig, 5. Februar 1962, ebenda, Nr. 1199.

<sup>15</sup> Abschlußbericht der Kaderabteilung zur Herbstmesse 1961. Leipzig, den

problemlos, da genügend Studenten aus Leipzig zur Verfügung standen. Alle eingestellten Übersetzer, auch die Mitglieder der Blockparteien sowie die Parteilosen, hätten die Arbeit, so die Kaderabteilung in einer späteren Einschätzung, „in unserem Sinne ausgeführt.“<sup>16</sup> Dagegen wurden „die für uns undurchsichtigen“ freischaffenden Dolmetscher, auf der Herbstmesse gar nicht erst eingesetzt.<sup>17</sup>

Darüber hinaus gab es aber einen Faktor, den die Messeleitung nicht kontrollieren konnte. Sie hatte bereits vor der Messe zahlreiche Aushilfskräfte vertraglich gebunden. Als die Messe am 3. September jedoch begann, hatten 22% von ihnen ihren Vertrag nicht erfüllt. Das hieß, sie waren nicht am Arbeitsplatz erschienen. Dieses Verhalten ist insofern als direkte Folge der Ereignisse am 13. August 1961 zu werten, als der normale Ausfall in den vergangenen Jahren nur etwa 15% betrug.<sup>18</sup>

Eine weitere Veränderung, die unmittelbar aus dem Mauerbau resultierte, betraf die Durchführung der Messe selbst. Für ausländische Aussteller und Besucher, vor allem Journalisten, wurde üblicherweise der sogenannte Ausländertreffpunkt als Informationsstelle eingerichtet und dem Messeamt-Direktor unterstellt. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis aber verfügten auf der Herbstmesse 1961 auch zwei Abgesandte des DDR-Außenministeriums sowie ein Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik des ZK der SED über „weitreichende Vollmachten, um operativ in das Geschehen ... eingreifen zu können.“<sup>19</sup> Umschrieben wurde damit die Tatsache, daß die Messeleitung de facto aus der Organisation dieser für den propagandistischen Erfolg der Messe wichtigen Einrichtung ausgeschaltet war.

#### b) *Aussteller und Besucher aus Westdeutschland und Westberlin*

Während die Arbeit im Messeamt ohne größere Unruhen ablief, erreichten die Messeleitung nach dem 13. August alarmierende Meldungen aus der Bundesrepublik. Dort war in einigen Städten die Plakatwerbung abrupt abgebrochen worden. Wie in Bonn,<sup>20</sup> so mußte auch in Gar-

---

16.9.1961, ebenda.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Schlußbericht über die Messedienststelle Ausländertreffpunkt, 14.9.61, ebenda, Nr. 787.

<sup>20</sup> Hier und im Folgenden: Brief der Internationalen Wirtschaftswerbung Anzeigen-

misch-Partenkirchen der am 14. August begonnene Plakatanschlag zwei Tage später wieder eingestellt werden, „da die Plakate stark beschädigt wurden.“ In München hingen die Plakate gerade drei Tage, in Nürnberg nur eine Nacht, vom 21. bis zum 22. August. In Hannover, wo frühzeitig mit der Plakatierung begonnen worden war, immerhin vom 8. bis zum 17. August. Städte wie Düsseldorf, Stuttgart, Frankfurt/Main und Hamburg lehnten den Plakatanschlag völlig ab.<sup>21</sup>

Erst in der letzten Woche vor dem offiziellen Messestart aber schien sich eine Boykottfront aufzubauen. Täglich gingen Absagen westdeutscher und Westberliner Unternehmen ein. Bis zum 30. August 1961 zählte die Abteilung Ausstellerwerbung des Messeamtes 44 westdeutsche Firmen, die ihre Messeteilnahme abgesagt hatten.<sup>22</sup>

Einer internen Aufstellung des Messeamtes zufolge gab die übergroße Mehrheit der Firmen – insgesamt 30 – keinen Grund für ihr Fernbleiben an. Darunter finden sich Namen wie der Rowohlt-Verlag in Reinbek bei Hamburg, der Keksfabrikant Bahlsen aus Hannover, die Nähmaschinenhersteller Pfaff und Singer aus Kaiserslautern bzw. Frankfurt/Main sowie die Chemiekonzerne Bayer (Leverkusen), Hoechst (Frankfurt/Main) und Kalle & Co. (Wiesbaden). Drei Unternehmen führten innerbetriebliche Ursachen an. Lediglich sechs Aussteller begründeten ihre Abwesenheit mit der gegenwärtigen „politischen Situation“. Davon wies in seinem Schreiben nur der Hanser-Verlag aus München konkret auf „Berlin“ hin.

Allen genannten Firmen war trotzdem eines gemeinsam. Sie gehörten zu jenen 25%, die ihre Teilnahme offiziell absagten. Alle anderen blieben stillschweigend fern.<sup>23</sup> Von den 59 vertraglich gebundenen Westberliner Ausstellern zeigte sich nicht einmal die Hälfte in Leipzig (23). Von den 669 gemeldeten bundesdeutschen Firmen kamen noch 479.<sup>24</sup> Die nicht

---

Ring GmbH aus Hamburg an das LMA, Werbeabteilung, 17.8.1961, ebenda, Nr. 589.

<sup>21</sup> Vgl. Telegramm von Interwerbung GmbH (Gen[osse] Gerull) aus Berlin am 24.8.1961, 14.30 Uhr an das LMA, Koll[ege] Senftleben, ebenda. Vgl. auch Bericht über die Vorbereitung und Durchführung der Leipziger Herbstmesse 1961, Werbeabteilung, gez. Senftleben, Leipzig, 10.10.1961, ebenda, Nr. 860.

<sup>22</sup> Vgl. hier und im Folgenden: Abschrift. FS [Fernschreiben?, J.W.] an 191. Zur sofortigen Weiterleitung an Koll. Schmidt, MAI [Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel], 30.8.61, ebenda, Nr. 784.

<sup>23</sup> Vgl. den Bericht der Leipziger Herbstmesse 1961, ebenda, Nr. 787.

<sup>24</sup> Alle Zahlen hier und im Folgenden nach: Ausstellerbeteiligung WD + WB zur LHM 61 [Westdeutschland und Westberlin zur Herbstmesse 1961, J.W.], 3.9.1961, 16.00 Uhr, ebenda, Nr. 607. Abweichend werden in anderen Berichten 56 Westberliner und 672 bundesdeutsche Vertragspartner genannt. Erschienen sein sollen demnach nur 471 Firmen aus der Bundesrepublik. Vgl. Bericht der Leipziger

erschienenen bundesdeutschen Unternehmen konzentrierten sich auf die folgenden Branchengruppen: Nähmaschinen und Nadeln ca. 90%, Verlage ca. 80%, Chemie und Pharmazie ca. 75%, Textilien ca. 50%, Schuhe ca. 40%, Stahlwaren und Bestecke ca. 40%.<sup>25</sup> In den Bereichen Nähmaschinen und chemisch-pharmazeutische Industrie waren es vor allem die großen Firmen, die wegblieben. Dagegen präsentierten sich die zumeist kleineren und mittleren Unternehmen der Branchen Nahrungs- und Genußmittel, Bürobedarf und Kunsthandwerk zu fast 100%. Aus Westberlin boykottierten vor allem Verlage und der Kommissionsbuchhandel die Messe.<sup>26</sup>

Auch das Besucherverhalten aus der Bundesrepublik und Westberlin zeigte einen deutlichen Unterschied zum Vorjahr. Während zur Herbstmesse 1960 noch 25.937 Fachbesucher nach Leipzig kamen, waren es 1961 nur 7.122.<sup>27</sup> Dies lag zum einen an der allgemeinen Zurückhaltung, die Messe nach dem 13. August zu besuchen, zum anderen aber auch daran, daß an den Grenzkontrollen zahlreiche Besucher als sogenannte „unerwünschte Messebesucher“ zurück gewiesen wurden. Sie hatten zwar einen gültigen Messeausweis gekauft, durften jedoch als sogenannte „Republikflüchtige“ nicht einreisen.<sup>28</sup>

Angesichts des zahlenmäßigen Einbruchs sowohl bei den Ausstellern als auch bei den Besuchern aus Westdeutschland und Westberlin stellt sich die Frage, warum die Leipziger Messe im Herbst 1961 für die SED-Führung dennoch nicht in einem Desaster endete.

---

Herbstmesse 1961, ebenda, Nr. 787.

<sup>25</sup> Hier und im Folgenden vgl. Bericht der Leipziger Herbstmesse 1961, ebenda.

<sup>26</sup> Vgl. Ausstellerbeteiligung WD und WB zur LHM 61, 3.9.1961, ebenda, Nr. 607.

<sup>27</sup> Vgl. Bericht der Leipziger Herbstmesse 1961, ebenda, Nr. 787. Die Zahl der „Fachbesucher“ wird darüber hinaus nochmals nach unten korrigiert werden müssen, da ein Teil der Besucher Messeausweise nur zum Zweck eines Verwandtenbesuches in der DDR erworben haben wird. Vgl. auch unten Anm. 59 sowie Kurzanalyse über den Stand der Beteiligung der westdeutschen und Westberliner Aussteller zur Herbstmesse 1962, Leipzig, den 2.9.62 von Schmeißer, StAL VEB LMA Nr. 469.

<sup>28</sup> Genauere Zahlen über Einreiseverweigerungen zur Herbstmesse 1961 sind bislang nicht bekannt. Es hat jedoch Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des Messeamtes und bundesdeutschen Verbindungsstellenleitern gegeben, die die Messeausweise zuvor verkauft hatten und nun von den erbosten Käufern kritisiert wurden. So warf der Verbindungsstellenleiter in Baden-Württemberg, ein Herr Roth, dem Messeamt vor, es habe gewußt, wer einreisen dürfe und wer nicht, aber geschwiegen, um den Verkauf der Messeausweise nicht zu gefährden. Vgl. Aktennotiz über das Gespräch mit Herrn Roth vom 20.11.61, unterzeichnet von Dr. Herrmann, ebenda, Nr. 1036.

c) *Aussteller und Besucher aus dem „kapitalistischen Wirtschaftsgebiet“*

Wie wir wissen, hatte sich die Messeleitung im Sommer 1961 auf einen Boykott aller NATO-Staaten und anderer nichtsozialistischer Länder eingestellt. Um so überraschter dürfte sie daher gewesen sein, als vor der Messe lediglich drei westliche Aussteller ihre Beteiligung absagten. Bedeutend war hier nur die Kammer-Union der Türkei, die mit ihrem gesamten Kollektivstand von 300 qm vom Vertrag zurück trat. Darüber hinaus erschienen zwei Firmen aus Frankreich bzw. Italien nicht – beide mit einem Stand von kaum mehr als 10 qm. Diese Situation stelle durchaus keine Besonderheit zu den vorangegangenen Messen dar, schätzte das Messeamt ein. Lediglich beim NATO-Mitglied Türkei „dürfte die gegenwärtige politische Situation [Berlin, J.W.] für die Absage entscheidend gewesen ... sein.“<sup>29</sup>

Tatsächlich waren etwa 10% der Aussteller neu auf der Leipziger Herbstmesse. Außerdem hatten im Vergleich zur Herbstmesse 1960 die folgenden Länder ihre Ausstellungsfläche nicht nur beibehalten, sondern noch erhöht: Mit Frankreich und den Niederlanden führten 1961 gleich zwei Länder in der Ausstellerstatistik, die zusammen mit der Bundesrepublik Gründerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) waren. Auch Belgien und Italien gehörten dazu. Zu Griechenland bestand seit dem 9. Juli 1961 ein Assoziierungsabkommen und Großbritannien hatte am 31. Juli 1961 den Antrag auf Beitritt zur EWG gestellt. Darüber hinaus waren alle genannten Länder auch über die NATO mit der Bundesrepublik verbunden. Berücksichtigt man schließlich die Mitgliedschaft Schwedens, Österreichs und der Schweiz im Europarat, dann stand jeder der genannten Staaten in einem mehr oder minder festen wirtschaftlichen bzw. politisch-militärischen Bündnis-system mit der Bundesrepublik.

Wird ferner das Besucherverhalten in die Betrachtung einbezogen, so zeigt sich, daß im Herbst 1961 rund 4.640 Besucher aus dieser Ländergruppe nach Leipzig kamen. Im Jahr zuvor waren es 5.859 – ein im Vergleich zu den Zahlen der Bundesrepublik und Westberlins nur unwesentlicher Rückgang.<sup>30</sup>

Ein Blick auf die beschickten Branchen macht weiterhin deutlich, daß neben den Bereichen Nahrung und Genuß, Kosmetik und Furnieren

---

<sup>29</sup> Bericht zur Leipziger Herbstmesse 1961, ebenda, Nr. 787.

<sup>30</sup> Vgl. hier und im Folgenden: ebenda.

hauptsächlich die Textil-, Chemie- und Pharmaindustrie vertreten war. Mit den letzteren also genau die Wirtschaftszweige, in denen vor allem die großen bundesdeutschen Unternehmen wegen des Mauerbaus nicht ausgestellt hatten.

Einerseits lag diese Konstellation ganz im Sinne der SED-Führung. Sie stand der EWG seit deren Gründung im März 1957 ablehnend gegenüber und hatte es sich zum Ziel gesetzt, durch die Ausnutzung von Widersprüchen unter den Mitgliedsstaaten die Gemeinschaft, und hier v.a. die Bundesrepublik, zum eigenen Vorteil zu schwächen.<sup>31</sup> Insofern bedeutete die Teilnahme der Bündnispartner der Bundesrepublik einen außenpolitischen Erfolg des SED-Regimes. Fast alle gemeldeten Aussteller außerhalb des Ostblocks waren nach Leipzig gekommen, was von den Veranstaltern der Messe auch prompt als eine „klare de facto Anerkennung“ der DDR gewertet wurde.<sup>32</sup>

Andererseits aber konnte es sich die DDR aus ökonomischen Gründen nicht leisten, auf die bundesdeutsche Wirtschaft und damit auf die Vorteile des Innerdeutschen Handels (IDH) zu verzichten. Berücksichtigt man, daß der Handel der DDR mit der Bundesrepublik dreimal so groß war wie der mit den anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft<sup>33</sup> und bedenkt man ferner die Bedeutung der Bundesrepublik im Kampf der SED-Regierung um weltweite Anerkennung, dann hing die Realisierung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele nach innen und außen ganz wesentlich von der Präsenz der bundesdeutschen Industrie auf der Messe in Leipzig ab. Im Herbst 1961 aber konnte das Messeamt hier nicht einmal mit positiven Meldungen auftreten. Der Druck der Erfolgskontrollkarten für die Messewerbung in der Bundesrepublik und im Ausland mußte wegen Papiermangels ausfallen.<sup>34</sup>

---

<sup>31</sup> Zur Haltung der DDR gegenüber der EWG vgl. zuletzt Jana Wüstenhagen, ‚Blick durch den Vorhang‘. Die SED/DDR und die Integration Westeuropas (1946-1972), Baden-Baden 2001.

<sup>32</sup> Vermietung Technische Messe, Leipzig am 3.9.1961, Kurzbericht über den ersten Messetag (3. September 1961), Unternehmensarchiv der Leipziger Messe GmbH (UA), Dok. Nr. 78.

<sup>33</sup> Die DDR wickelte gut zwei Drittel ihres Außenhandels mit RGW-Ländern ab. Nahezu die Hälfte des restlichen Handels entfiel auf den innerdeutschen Handel, das übrige Sechstel auf westliche Industrieländer. Alle Angaben nach Dagmar Gielisch, Die ehemalige DDR und das Projekt ‚Europäischer Binnenmarkt‘, Münster 1992, S. 293ff.

<sup>34</sup> Vgl. Werbeabteilung, Bericht über die Vorbereitung und Durchführung der Leipziger Herbstmesse 1961, gez. Senfleben, Leipzig, 10.10.1961, StAL VEB LMA, Nr. 860.

d) *Die Frühjahrsmesse 1962*

Die erste Leipziger Frühjahrsmesse nach dem Bau der Mauer fand regulär im März 1962 statt. Diese Messe würde die Schwerste werden, befürchtete das Messeamt schon im Herbst 1961.<sup>35</sup> Tatsächlich behinderte 1962 z.B. die Empfehlung des Deutschen Industrie- und Handeltages (DIHT), keine Messeausweise mehr über die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern zu verkaufen, den Vertrieb erheblich.<sup>36</sup> Auch die dem Deutschen Reisebüroing (DER) angeschlossenen Veranstalter hielten sich an die Empfehlung.<sup>37</sup>

Darüber hinaus erfuhr die Messeleitung Anfang Januar 1962 von Absprachen innerhalb der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie. Aus politischen Gründen würden danach weder Aussteller noch maßgebliche Persönlichkeiten dieses Zweiges zur Frühjahrsmesse 1962 nach Leipzig kommen. Selbst Firmen, die einen Messevertrag abgeschlossen hätten, so eine Warnung aus dem Vorstand der Phoenix Rheinrohr AG, Düsseldorf, würden zwar die entstehenden Kosten zahlen, jedoch nicht als Aussteller erscheinen.<sup>38</sup>

Auch der Siemens-Konzern beschloß am 14. Februar 1962, nicht in Leipzig auszustellen und zugleich „dafür zu sorgen“,<sup>39</sup> daß die gesamte westdeutsche Elektroindustrie sich anschlösse. Im Gegensatz zur Stahl- und Eisenindustrie lag hier der Fall aber anders. Der konkrete Anlaß für die Absage resultierte weniger aus dem angespannten deutsch-deutschen Verhältnis infolge des Mauerbaus, sondern vielmehr aus einer Verärgerung des Siemens-Vorstandes über einen kurz zuvor ausgestrahlten

---

<sup>35</sup> Vgl. Notizen aus der Messeauswertung am 3.10.1961, ebenda.

<sup>36</sup> Hingewiesen werden soll zumindest darauf, daß einige Kammern (z.B. Mannheim, vereinzelt in Baden-Württemberg) weiter Ausweise verkauften oder - wie der westdeutsche Verbindungsstellenleiter des Messeamts in Bremen erklärte - falls ihm Ausweise ohne Aufforderung zugesandt würden, er diese auch an Interessenten abgeben würde. Vgl. Bericht über die Dienstreise nach Westdeutschland [28.1.-3.2.1962], ebenda, Nr. 463.

<sup>37</sup> Vgl. ebenda.

<sup>38</sup> Vgl. Vermerk für Gen[ossen] Min[ister] Balkow von der Hauptabteilung Innerdeutscher Handel im Außenhandelsministerium der DDR, Berlin, den 15.1.1962. Trägt den handschriftlichen Vermerk: Gen. Schmeisser Nicht veröffentlichen vertraulich persönlich [sic], ebenda. Julius Balkow war von 1961-1965 Minister für Außen- und Innerdeutschen Handel.

<sup>39</sup> Vermerk. Betr. Information Besuch von Herrn Mauerhoff, Westberlin, am 22.2.1962. Berlin, den 22. Februar 1962, Hauptabteilung Innerdeutscher Handel, ebenda.

Beitrag des Deutschlandsenders in Ostberlin. Darin waren Mitglieder des Vorstandes als Naziverbrecher bezeichnet worden. Aus der Sicht eines Mitarbeiters des Ministeriums für Außen- und Innerdeutschen Handel der DDR (der von diesen internen Vorgängen über einen Westberliner Geschäftsmann erfahren hatte, der sich wiederum auf einen Teilnehmer der oben genannten Sitzung berief) „haben die Scharfmacher im Vorstand der Firma Siemens“ dies benutzt, um diese Entscheidung herbeizuführen.<sup>40</sup>

Dies ist zum Teil sicherlich richtig, andererseits haben auch Gründe eine Rolle gespielt, die in der geschäftlichen Entwicklung zu suchen sind. So hatte Siemens gleich zwei Aufträge in direkten Verhandlungen mit den DDR-Stellen verloren. Einmal einen Auftrag über Zulieferungen an die Deutsche Reichsbahn über 12 Mio. DM, der an eine österreichische Firma vergeben wurde und zum anderen einen Auftrag für das Chemiewerk Buna.<sup>41</sup> Gut möglich, daß der verärgerte Vorstand jetzt die Gelegenheit sah, die Verantwortlichen in der DDR abzustrafen. Dies um so mehr, da die Kosten für eine Beteiligung von Siemens in Leipzig etwa 80.000 DM betragen haben, die getätigten Geschäfte auf der Messe selbst jedoch gleich Null waren.<sup>42</sup>

Die Messeleitung hatte dagegen noch kurz vor der Messe versucht, den Absagen-Trend aufzuhalten und mit Anzeigen in der Bundesrepublik für einen Besuch in Leipzig zu werben. Um das Erscheinen der Anzeigen zu gewährleisten, hatte sie sich sogar bereit erklärt, den Passus, wonach Messeausweise auch an der „Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik“ zu erwerben waren, abzuändern in „Grenzübergangsstellen“<sup>43</sup> – und war damit sogar von einer außenpolitischen Prämisse der SED-Führung abgerückt.

Dennoch sank mit 594 die Zahl der bundesdeutschen und Westberliner Aussteller im März 1962 weit unter Tausend. Im Vergleich zur Messe des Vorjahres (1.097) ein Einbruch von fast 50% und in der Statistik der Leipziger Frühjahrmessen seit 1946 ein Stand, der zuletzt

---

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Mauerhoff, Westberliner Geschäftsmann mit Kontakten zum Siemens-Vorstand, berichtete dagegen, der Vorstand sei bereit gewesen, die Kosten auch ohne Geschäftsabschluß in Leipzig in Kauf zu nehmen. Vgl. ebenda. Für die Kostenschätzung siehe ebenda.

<sup>43</sup> Schreiben von Kynast [stellvertretender Direktor des Messeamtes] und Senftleben [Abteilungsleiter] an die Interwerbung GmbH, z.Hd. des stellvertretenden Generaldirektors Koll[ege] Gerull, 16.1.1962, ebenda, Nr. 591.

1953 (621) registriert wurde.<sup>44</sup> Gerechnet hatte das Messeamt mit mindestens 680 Ausstellern aus der Bundesrepublik und 60 aus Westberlin.<sup>45</sup>

Trotz des massiven Rückgangs der Teilnehmerzahlen aus der Bundesrepublik und Westberlin konnte das Messeamt aber im Frühjahr 1962 insgesamt fast genauso viel Aussteller (8.682) melden wie zur Frühjahrsmesse 1961 (8.929).<sup>46</sup> Dies lag zum einen an der unverändert hohen Beschickung der Messe durch die Volkseigenen Betriebe der DDR (1961: 5.745; 1962: 5.722).<sup>47</sup> Zum anderen hatten die sozialistischen Länder ihre Teilnahme verstärkt (1961: 252; 1962: 287)<sup>48</sup> und belegten zusätzlich 6.000 qm Ausstellungsfläche.<sup>49</sup> Nicht zuletzt aber trug die zunehmende Zahl von Ausstellern aus dem sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsgebiet zu der aus DDR-Sicht positiven Bilanz bei. Nahmen im März 1961 1.835 Unternehmen teil, so waren es ein Jahr später 2.079.<sup>50</sup> Aus Großbritannien kamen 40 Firmen mehr, insgesamt 278 Aussteller, und Schweden war mit 98 Ausstellern fast doppelt so stark vertreten wie 1961.<sup>51</sup> „Statt Höchst, Bayer oder BASF beherrschen diesmal die Chemie-Giganten ICI (Großbritannien), Montecatini (Italien) oder Ciba und Geygy (Schweiz) die Hallen“, meldete auch „Die Welt“ am 3. März 1962.<sup>52</sup> Die Messeleitung leitete daraus ab: Bonns Versuche,

---

<sup>44</sup> Zahlen nach: Entwicklung der Aussteller- und Besucherzahlen sowie der Ausstellungsflächen, ebenda, Nr. 601. Die Tageszeitung Die Welt vom 8. März 1962 nennt in einem Artikel u.d.T. Westen in Leipzig im Schatten, S. 12, 671 westdeutsche Aussteller.

<sup>45</sup> Vgl. Ausstellerzahlen WD u. WB, FM 62 (vorläufig), [Westdeutschland und Westberlin, Frühjahrsmesse 1962, J.W.], Stand v. 20.1.62, handschriftlich mit dem Vermerk Gen[osse] Schmeißer, StAL VEB LMA, Nr. 463.

<sup>46</sup> Vgl. Entwicklung der Aussteller- und Besucherzahlen sowie der Ausstellungsflächen, ebenda, Nr. 601. Die o.g. Zahlen sind von der Verfasserin korrigiert worden, da die Berechnung in der aufgeführten Quelle fehlerhaft war.

<sup>47</sup> Zahlen nach: ebenda.

<sup>48</sup> Vgl. ebenda. Hier ist zu beachten, daß es sich um die staatlichen Außenhandelsunternehmen handelte und daher ihre Zahl gering erscheint. Flächenmäßig blieb die Sowjetunion (nach der DDR) bis zum Ende der 80er Jahre der größte Aussteller auf der Messe.

<sup>49</sup> Vgl. Zuarbeit für komplexe Analyse zum Kontrollbericht per 31.12.62, Teil I – allgemeine Übersicht, ebenda, Nr. 471. Insgesamt aber haben die sozialistischen Staaten, v.a. Rumänien, die Leipziger Messe nicht so unterstützt, wie es die DDR erwartet hatte. Vgl. Wüstenhagen, Staatsveranstaltung, S. 430-435.

<sup>50</sup> Vgl. Entwicklung der Aussteller- und Besucherzahlen sowie der Ausstellungsflächen, StAL VEB LMA, Nr. 601.

<sup>51</sup> Vgl. Die Welt, 5. März 1962, S. 11.

<sup>52</sup> 9.000 Aussteller in Leipzig, Die Welt, 3. März 1962, S. 12.

„die NATO-Partner ebenfalls zum Boykott Leipzigs zu bewegen, blieben erfolglos“.<sup>53</sup>

Zugleich findet sich aber im Bestand des Messeamtes eine Liste mit allein acht nichtsozialistischen Ländern, in denen der Druck aus Bonn zur Absage der Messe bzw. zu Erschwernissen geführt habe. Demnach erteilten die USA keine Ausfuhrgenehmigungen für Exponate und keine Visa für Messe-Teilnehmer. Die Federation of British Industries habe angekündigt, daß Kollektivausstellungen in Leipzig nicht mehr durchgeführt werden. Der schwedische Exportverein habe seine Anmeldung zur Frühjahrsmesse 1962 zurückgezogen – „mit Rücksicht auf seinen größten Handelspartner, nämlich Westdeutschland“. Die türkischen Behörden verweigerten die Überweisung von Messemieten, die italienische Regierung das Messe-Visum für Journalisten und das Messekomitee aus Frankreich hat sich nach 1961 nicht mehr offiziell an der Leipziger Messe beteiligt.<sup>54</sup>

Auf der anderen Seite entsandten westdeutsche Unternehmen wie Krupp, Thyssen, Mannesmann, Phoenix-Rheinrohr, die Hüttenwerke Salzgitter und Hoechst ihre Direktoren und Prokuristen nach Leipzig. Die Firmen erklärten dazu, die Entsendung von Beobachtern zur Leipziger Messe „liege auch im nationalen Interesse; denn es sei wichtig, zu wissen, was die Industrien Japans, Großbritanniens und anderer Staaten auf den Markt brächten“.<sup>55</sup> Dies scheint wiederum den Stellenwert zu bestätigen, der Leipzig in den Augen der bundesdeutschen Industrie zukam.

Tatsache ist jedenfalls, daß zur Herbstmesse 1962 die Bundesrepublik vor Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien wieder der größte (westliche) Aussteller war.<sup>56</sup> Tatsache ist aber auch, daß die bundesdeutschen Industrie- und Handelskammern auch weiterhin keine Messeausweise verkauften, daß die Messewerbung ebenfalls äußerst schwierig blieb<sup>57</sup> und die Messeleitung mit der Qualität der westdeutschen und

---

<sup>53</sup> Zuarbeit für komplexe Analyse ..., StAL VEB LMA, Nr. 471.

<sup>54</sup> Anhang zur Nachrichtenübersicht über die Leipziger Frühjahrsmesse 1963. Streng vertraulich, ebenda, Nr. 791.

<sup>55</sup> Westdeutsche Firmen in Leipzig vertreten, Die Welt, 9. März 1962, S. 2.

<sup>56</sup> Vgl. Handel mit dem Westen steht im Vordergrund, Die Welt, 4. September 1962, S. 11.

<sup>57</sup> Die bundesdeutschen Textilzeitschriften haben seit Sommer 1961 bis zum Mai 1963 nicht eine Werbeanzeige für die Leipziger Messe gebracht. Vgl. Abschrift, Leipziger Messeamt Werbeabteilung, von Interwerbung, gez. Stange, Direktor, Berlin 24. Mai 1963, StAL VEB LMA, Nr. 589.

Westberliner Aussteller äußerst unzufrieden war. Bei den bundesdeutschen Ausstellern handelte es sich ausschließlich um kleine und mittlere Firmen und die Westberliner Beteiligung sei „einer der schwächsten Punkte der Messe.“<sup>58</sup> Dazu kam, daß die Besucherzahlen aus der Bundesrepublik – infolge des Pflichtumtauschs – stark rückläufig waren. Aus Westberlin stiegen sie dagegen „erheblich“ an. Dies sei in der Hauptsache auf die „großzügigen Genehmigungen der Volkspolizei zurückzuführen.“ Von den 1.500 Anträgen wurden kaum 20 abgelehnt. Das eigentliche Ziel aber, nämlich eine verstärkte Messe-Werbung unter den Westberlinern, wurde damit nicht erreicht. Denn es waren vor allem Privatreisende, darunter „auffallend viele Ehepaare mit Kindern“, die die Gelegenheit nutzten – der Messeausweis galt zugleich als Aufenthaltsgenehmigung – und sich in Leipzig mit Freunden und Verwandten aus Ostberlin trafen.<sup>59</sup> Die Messe entglitt hier der Kontrolle durch Staat und Partei.

Seit 1963, so eine DDR-Untersuchung, hätten dann aber bundesdeutsche Unternehmen wieder regelmäßig an den Leipziger Messen teilgenommen, westdeutschen Quellen zufolge erst zwei Jahre später, im Frühjahr 1965.<sup>60</sup>

Noch offen bleiben muß, welche Gründe letztlich den Ausschlag für diese Rückkehr gaben. Zum einen mag die Gewährung sogenannter Messekontingente, einer Einkaufsgarantie durch ostdeutsche Außenhandelsunternehmen, dazu beigetragen haben. Zum anderen wird die einsetzende EWG-Krise zu berücksichtigen sein, zum dritten auch die zunehmende Ablehnung der bundesdeutschen Ostpolitik durch die Wirtschaft.<sup>61</sup>

In diesem Kontext stellt sich erneut die Frage nach der Bedeutung Leipzigs für die deutsche Industrie insgesamt. Auch wenn die Messe, wie vor allem die Eisen- und Stahlindustrie betonte, für Geschäftsabschlüsse im größeren Umfang unbedeutend war,<sup>62</sup> so war offenbar doch die Anwesenheit der großen Firmen unabdingbar: einmal, um bestehende

---

<sup>58</sup> Einschätzung einiger Messefragen von Schmeißer, o.D. [Herbst 1962, J.W.], ebenda, Nr. 469.

<sup>59</sup> Vgl. ebenda.

<sup>60</sup> Für die DDR vgl. Michael Sternberg, Die Entwicklung der Leipziger Messe von 1963 bis Mitte der 70er Jahre und ihre Rolle bei der Anerkennung der DDR durch die kapitalistischen Industrieländer, (Diplomarbeit), Leipzig 1982, S. 35, UA, Dok. Nr. 2972.

<sup>61</sup> Vgl. dazu detailliert die nachfolgenden Ausführungen.

<sup>62</sup> Vgl. ebenda.

Kontakte aufrecht zu erhalten – aus Sicht führender westdeutscher Konzernvertreter zugleich ein Beitrag zur deutsch-deutschen Annäherung – und zum anderen, um der westlichen Konkurrenz nicht das Feld zu überlassen. Nicht zuletzt deshalb erlitt der Messestandort Leipzig durch den Mauerbau keine langfristigen negativen Folgen.

Bis zum Ende der DDR blieb er nicht nur der größte Anziehungspunkt für Aussteller aus Ost und West, sondern ebenso ein Ort privater deutsch-deutscher Begegnungen.

## *II. Die Leipziger Messe und der Bau der Berliner Mauer aus westdeutscher Perspektive*

### *a) Vor dem Mauerbau*

Die Beteiligung an der Leipziger Messe bildete zwischen Bonner Regierung, bundesdeutschen Unternehmensverbänden und insbesondere der westdeutschen Großindustrie bis in die sechziger Jahre hinein einen ständigen Zankapfel, um den innenpolitisch, außenpolitisch, wirtschaftspolitisch und mit Argumenten der politischen Moral gestritten wurde.

Nachdem der Höhepunkt des Kalten Krieges überschritten war, beteiligte sich die westdeutsche Wirtschaft an der Leipziger Frühjahrsmesse 1951 im Vergleich zu den westlichen Ländern zwar noch schwach, doch sie war wieder da.<sup>63</sup> Am 9. Juli 1951 bat der Deutsche Industrie- und Handelstag, dessen regionale Kammern die Messeausweise ausstellten, die Bundesregierung in einem streng vertraulichen Schreiben um Schutz gegen den Vorwurf beispielsweise von Seiten der SPD, die Kammern würden eine zu positive Haltung zur Leipziger Messe einnehmen. Der DIHT verteidigte seine Haltung damit, „den dünnen Faden, der die Bundesrepublik durch die Leipziger Messe mit der Ostzone verbindet“, nicht abreißen lassen zu wollen. Er führte gegen die heftigen Anwürfen, wie sie das SPD-Ostbüro an die Wirtschaft richtete, drei Argumente ins Feld.<sup>64</sup> Das erste Argument war rechtlicher Natur. Es lautete: Solange es regierungsamtliche Interzonenhandelsverträge gebe,

---

<sup>63</sup> Siehe den Bericht W. Redlichs – „Noch immer eine bedeutende deutsche Messe“ – , in: West-Ost-Handel 1/1951, S. 19-21.

<sup>64</sup> DIHT-Rundschreiben vom 1.6.1951, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln e.V. (RWWA), DIHT, 350-50 und Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA AA), UA 40, Nr. 87.

müßten Geschäfte auf der Leipziger Messe abgeschlossen werden können. Eine Beteiligung an dieser Messe diene – so das zweite Argument – der Informationsbeschaffung über die ökonomische Entwicklung im Osten. Drittens hieß es, daß aus politischer Sicht möglichst viele westdeutsche Besucher mit wahrhaft freiheitlicher und demokratischer Einstellung in der ideologischen Auseinandersetzung mit Ostberlin nur hilfreich seien könnten.

Die Bonner Regierung sah sich jedoch nicht imstande, der Messebeteiligung des Handels und der Industrie die gewünschte öffentliche Rückendeckung zu verschaffen. Dies belegte die amtliche Reaktion auf den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 eindringlich. Obschon die Bonner Wirtschaftshilfe für die DDR unter der Hand kräftig ausgedehnt wurde, boykottierten die Bundesregierung und die Wirtschaftsverbände die Leipziger Messe, um so gegen die blutige Niederschlagung des Aufstandes zu protestieren. Der Boykott wurde jedoch nicht nur nicht überall befolgt. Die Zahl der westdeutschen und Westberliner Aussteller auf der Herbstmesse verdoppelte sich sogar. Sie stieg von 621 im Jahr 1953 auf 1.110 im folgenden Jahr.<sup>65</sup>

Angesichts der zwiespältigen Haltung der Bonner Regierung, die den Innerdeutschen Handel mit Ostberlin wegen des Junktims zum freien Zugang nach Berlin fortsetzte, ja sogar noch intensivierete, ihre politische Haltung aber mit einem Boykott der Leipziger Messe zum Ausdruck brachte, führte die Industrie über den Ausstellungs- und Messe-Ausschuß (AUMA) eine vertrauliche Übereinkunft zwischen Politik und Wirtschaft über die Beschickung der Leipziger Messe herbei.

In einer geheimen Aussprache mit Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, des DIHT, des Ausschusses für Absatzförderung und mit westdeutschen Messedirektoren kam man überein, die Messe in Leipzig als eine Realität zu betrachten, und akzeptierte das Interesse der einzelnen Unternehmen, sie zu besuchen, um alte Kontakte nach Osten neu zu knüpfen. Die Frage der Beschickung der Messe wurde deshalb nicht länger als Sache der Verbände angesehen. Der Boykott war de facto aufgehoben und namentlich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der auf die unionsgeführte Regierung stets besondere Rücksicht nahm, von den westdeutschen Industrie-konzernen ausgebootet worden. Feststellungen

---

<sup>65</sup> Rundschreiben der Verbindungsstelle Niedersachsen des Leipziger Messeamtes vom 20.9.1954. RWWA, DIHT, 350-50.

wie diejenige, daß die Messe „kein echter Markt“ sei, sondern – darauf bestand insbesondere das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen – ein „Politikum ersten Ranges“ bilde, das „im Dienste des ‚Sowjetismus‘“ stehe, waren in diesem Zusammenhang belanglos. Sie spielten dagegen eine Rolle für die Absicht, die Industrierausstellung Berlin weiterhin als Gegenpropaganda zu Leipzig aufzuziehen und außerdem für ein starkes, gemeinschaftliches Auftreten der westdeutschen Aussteller in Leipzig zu sorgen, wobei das eigene Leistungspotential stark herausgestrichen werden sollte. Außerdem wurde verabredet, gemeinsam auf eine gleiche Behandlung der Messen in Ost und West zu drängen. Bei der Werbung und Durchführung seien die westdeutschen Stellen bislang viel behilflicher gewesen als die ostdeutschen.

Dies war allerdings auch schon das einzige Kompliment, das die Wirtschaftsvertreter der Bundesregierung machten. Ihre Forderung, die Regierung möge doch endlich mit großen Repräsentationsständen dem sowjetischen Auftrumpfen auf internationalen Messen entgegentreten, brachte die Regierungsvertreter, welche die östliche Propaganda ansonsten immer beklagten, in einige Verlegenheit. Auf eine demonstrative Präsenz, die als eine Form der Anerkennung der politischen Realitäten oder als Versuch der Kontaktaufnahme mit der DDR-Staatsführung gewertet werden konnte, wollte sich die Regierungsseite keinesfalls einlassen, denn sie hätte die Hallstein-Doktrin aufgeweicht. Auch als die Vertreter der Verbände und der Messegesellschaften eine „klare Stellungnahme“ zur Leipziger Messe vom Bundeswirtschaftsministerium verlangten, wich dessen Sprecher aus und zog sich auf den Hinweis zurück, die Bundesregierung könne sich hierzu nicht offiziell äußern. Es bestehe aber kein Hindernis für eine neuerliche Messebeteiligung der Industrie und des Handels, doch müsse diese Frage den Firmen überlassen bleiben.<sup>66</sup>

Im Grunde verweigerten die Bundesregierung und die Wirtschaftsverbände die Übernahme der politischen Verantwortung für eine westdeutsche Beteiligung an der Leipziger Messe und waren heilfroh, daß sie sie auf die Einzelfirmen abschieben konnten. Sie setzten damit eine zweigleisige Politik fort, die in der Öffentlichkeit gegen ‚Pankow‘ martialisch Front machte, aber unter der Hand wirtschaftliche Beziehungen ohne

---

<sup>66</sup> Vertrauliches Rundschreiben der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie (WVESI) an die Direktoren der Mitgliedswerke vom 25.11.1954, Historisches Archiv Krupp, Essen (HA Krupp), WA 42/315.

politische Gegenleistungen zuließ und das SED-Regime letzten Endes stützte.

b) *Zwischen Normalisierung und Krise*

Nach dem Ende des Boykotts der Leipziger Herbstmesse 1953 normalisierten sich die deutsch-deutschen Wirtschaftskontakte wieder. War ein Kontakt zwischen west- und ostdeutschen Industrie- und Handelskammern (IHK) auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1954 von Bonn noch abgelehnt worden, so trafen 1955 Vertreter beider Seiten am Rande der Messe zu einem vertraulichen Gespräch über die innere Struktur der DDR-Kammern, den Interzonenhandel, allgemeine Hemmnisse des Handels, das Problem der Wirtschaftsspionage und der Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik und der DDR zusammen.<sup>67</sup> Die westdeutsche Beschickungspraxis änderte sich ebenso rasch. Von 9.850 Ausstellern auf der Frühjahrsmesse 1956 kamen rund 1.600 aus der Bundesrepublik. Verkleinerte ein namhafter Aussteller seinen Ausstellungsstand, dann lag das in der Regel an der gewachsenen Zahl von Messen, die angesichts der nicht unerheblichen Beteiligungskosten die Firmenleitungen veranlaßten, die Beschickung jedesmal wieder neu zu entscheiden, aber nicht an einem allgemeinen Bedeutungsverlust des Leipziger Messeplatzes oder politischen Einflußnahmen. Die Verkaufsinteressen drängten firmendiplomatische Gesten, Prestigeüberlegungen oder Verbandsbeschlüsse sukzessive in den Hintergrund.<sup>68</sup>

Die Leipziger Messe wurde im Laufe der fünfziger Jahre nicht nur zu einer festen Einrichtung; sie festigte vielmehr auch ihre Bedeutung als internationale Drehscheibe des Ost-West-Handels, etablierte sich als exklusiver Ort deutsch-deutscher sowie west-östlicher Begegnungen und zog die öffentliche Aufmerksamkeit immer wieder auf sich. Es gelang dem DIHT allerdings nicht, den Bundeswirtschaftsminister für eine Abwehr kritischer Stimmen in Anspruch zu nehmen und ihn auf eine klare öffentliche Unterstützung für die aktivere Messepolitik des DIHT zu verpflichten.

Die durch das Ultimatum Chruschtschows am 27. November 1958 ausgelöste Berlin-Krise stellte die Leipziger Frühjahrsmesse 1959 freilich

---

<sup>67</sup> Bericht o.D. und o. Angabe des Verfassers, RWWA, DIHT, 350-50.

<sup>68</sup> Siehe etwa die diesbezüglichen Überlegungen im Krupp-Direktorium am 18.11.1957, HA Krupp, WA 97/42, 43.

wieder unter ein besonderes Licht, zumal der sowjetische Parteichef persönlich in Leipzig anwesend war und den Ständen der bekannten westdeutschen Osthandelsunternehmen – so etwa dem großen Gemeinschaftsstand von Krupp und dem Stand von Phoenix-Rheinrohr – demonstrativ einen Besuch abstattete.<sup>69</sup> In seiner Begrüßungsrede schlug der DDR-Staatsratsvorsitzende und Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, überraschende Töne an. Er stellte Leipzig als „den Knotenpunkt des Handels zwischen Ost und West“ vor, der nicht länger die Konkurrenz der Systeme dokumentieren, sondern als „großer Vermittler“ der Ost-West-Handelsbeziehungen dienen sollte. Als er anschließend den Abschluß des von der Sowjetunion am 11. Januar 1959 lancierten Friedensvertrages verlangte, der die Teilung Deutschlands völkerrechtlich festschrieb und sich auf die Theorie berief, nach der es sich bei der Bundesrepublik, der DDR und Berlin (West) um drei eigenständige Staaten handelte, war den westdeutschen Firmenvertretern klar, daß die Leipziger Messe zu einer Art Lackmустest für die politische Anerkennung der DDR durch den Westen gemacht werden sollte.<sup>70</sup>

Es war vor allem der Sonderempfang Chruschtschows für die westdeutsche Industrie, der im Auswärtigen Amt zu hektischen Aktivitäten führte. Der Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Arenz, hatte nämlich erklärt, er sei sich zwar „der hochpolitischen Bedeutung dieser Angelegenheit bewußt“, habe gegen eine Teilnahme der bundesdeutschen Aussteller jedoch keine persönlichen Bedenken. Otto Wolff von Amerongen, der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, der über die Haltung der Wirtschaftsvereinigung informiert wurde, bemühte sich um einen Kontakt mit dem BDI-Vorsitzenden Fritz Berg, um eine einheitliche Haltung der Wirtschaft zu erwirken. Außenminister Heinrich von Brentano und Staatssekretär Hilgar van Scherpenberg, die zu Gesprächen in Paris weilten, lehnten eine Teilnahme am Empfang des KPdSU-Parteichefs strikt ab. Die Wirtschaftsvereinigung lenkte daraufhin ein. Auch Berthold Beitz, der Krupp-Generalbevollmächtigte, beugte sich nach einigem Widerstreben der Bonner Vorgabe.

Äußerlich sah man der Frühjahrsmesse 1961 die Turbulenzen der vergangenen Monate nicht an. Die westliche Beteiligung fiel für die DDR sehr zufriedenstellend aus. Nach Ansicht der westdeutschen

---

<sup>69</sup> Notiz für Mommsen vom 16.3.1959, Thyssen-Archiv, A/7992.

<sup>70</sup> HA Krupp, WA 48B/216, 152/74, 75.

Industrie verlief die Messe gut und wurde durch die Teilnahme einer großen sowjetischen Delegation noch aufgewertet.<sup>71</sup> Die bundesdeutsche Industrie und die DDR-Staatsführung demonstrierten Übereinstimmung darin, den Handel weiterzuführen. Ulbricht und DDR-Außenhandelsminister Heinrich Rau redeten wie bereits im Vorjahr mit Prof. Hundhausen, dem Leiter der Öffentlichkeitsabteilung im Krupp-Konzern am Stand der Firma. Im Gästebuch von Krupp wünschte sich Ulbricht dieses Mal eine gute Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft der DDR und der BRD, die der Wiedervereinigung diene.<sup>72</sup> Dietrich Wilhelm von Menges, der Vorstandsvorsitzende von Ferrostaal, – der es als unnötig empfand, sich wie Krupp als „einziger amerikafreier deutscher Konzern zu präsentieren“ und die geschäftlichen Avancen des Essener Konzerns gegenüber Polen ablehnte, weil sie die „Zone“ nur aufregten – führte eine ausführliche Unterredung mit Rau und dem Präsidenten des sowjetischen Außenhandelsunternehmens „Promsyrio“, Wolschkow. Er gewann dabei den Eindruck, daß zwar einige „Extremisten“ in der SED die Bundesrepublik handelspolitisch umgehen möchten, aber die „Spitze“ trotz der jüngsten politischen Turbulenzen an einem sachlichem Ausbau der Beziehungen interessiert geblieben sei. Sowohl die DDR als auch die Sowjetunion – so sein Fazit – würden sich um ein gutes Klima bemühen.<sup>73</sup> Über den Sommer schien sich der Ost-West-Konflikt weiter zu entspannen. Die Posener Messe im Juni 1961, auf der erstmalig auch der Gute-Hoffnungs-Hütte-Konzern (GHH) auftrat,<sup>74</sup> erweckte jedenfalls diesen Eindruck.

c) *Der Mauerbau und die Leipziger Messe*

Der Mauerbau in Berlin im August 1961 stellte diese mühsam erreichte Normalität plötzlich wieder grundsätzlich in Frage, weil er sogleich die Suspendierung der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen auf die politische Tagesordnung brachte. Die Industrie geriet wieder unter den

---

<sup>71</sup> Bericht von Mommsen in der Vorstandssitzung der WVESI am 21.3.1961, Mannesmann-Archiv, M 80.402.

<sup>72</sup> Eintrag vom 5.3.1961 und Bericht, HA Krupp, WA 48B/226.

<sup>73</sup> Aufzeichnung v. Menges: Bemerkungen zur Leipziger Messe 1961, 15.3.1961, Reinhard Neebe, Überseemärkte und Exportstrategien in der westdeutschen Wirtschaft 1945 bis 1966. Aus den Reiseberichten von Dietrich Wilhelm von Menges (=Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 8), Stuttgart 1991, S. 304f.

<sup>74</sup> V. Menges, Unternehmensentscheidungen, S. 235, Bericht vom 10.7.1961, Archiv St. Antony-Hütte (Rhein. Industriemuseum), 1.3.2.1.8.1.

Verdacht landesverräterischer Umtriebe. So mußte die Fachvereinigung Draht umlaufenden Gerüchten entgegentreten, daß der Stacheldraht an der Mauer aus dem Westen geliefert worden sei.<sup>75</sup>

Die Bundesregierung hatte schon beim Aufbrechen der Berlin-Krise an eine Ausweitung der COCOM(Coordinating Committee for East-West-Trade Policy)-Liste gedacht, wogegen der Ost-Ausschuß nachdrücklich Bedenken geäußert hatte. Ein Vorrücken der Embargo-Front sei nur schleppend und mühsam herzustellen, ein totales Embargo zudem unrealistisch, da es mindestens von den neutralen Ländern unterlaufen werde. Wolff von Amerongen hatte Adenauer bereits damals Gespräche über ein Embargo angeboten, worauf dieser bei Gelegenheit zurückkommen wollte.<sup>76</sup> Der Kanzler kam auf das Angebot nicht zurück. Statt dessen kündigte er auf einer Wahlkampfveranstaltung in Regensburg ein allgemeines Osthandels-Embargo an. Doch Paris und London winkten ab, und konkrete Schritte unternahm die Bundesregierung nicht, so daß der Vorschlag Bonns gegenüber der US-Administration, ein westliches Embargo herbeizuführen, eine reine Pflichtübung blieb. Wolff von Amerongen brach auf der Tagung des „Tönissteiner Kreises“ – ein Forum des BDI, mit dem dieser Wissenschaftler mit Unternehmern zusammenbrachte – im Oktober 1961 eine Lanze für den Osthandel. Einem „Totalembargo“ erteilte er entschieden eine Absage und verlangte statt dessen, „mit wirtschaftlichen Mitteln den Eisernen Vorhang zu durchbrechen und ‚Nägel in die Mauer zu schlagen“.<sup>77</sup>

Weil Bonn wegen der Achillesferse Berlin ein spezielles Handelsembargo gegen die DDR nicht riskieren wollte, ein allgemeines Osthandelsembargo aber bei den Verbündeten nicht durchsetzen konnte, for es die amtlichen Wirtschaftskontakte ein. Die Treuhandstelle für den Interzonenhandel wurde angewiesen, nicht mehr Ost-Berlin zu betreten, aber die vertraglichen Verpflichtungen wurden weiter erfüllt. Daneben übte die Regierung für einen Boykott der Leipziger Messe Druck auf die Wirtschaft aus. Der BDI machte sich erwartungsgemäß sogleich für

---

<sup>75</sup> Siehe Armin Scheufler, Das Röhrenembargo. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der späten Adenauerzeit, Gießen 1996, S. 3ff.

<sup>76</sup> Hanna Paul-Calm, Ostpolitik und Wirtschaftsinteressen in der Ära Adenauer (1955-1963), Frankfurt/Main, New York 1981, S. 92; Friedrich von Heyl, Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl 1945-1972. Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg, Köln, Weimar, Wien 1997, S. 161.

<sup>77</sup> „Eine Lanze für den Osthandel. Wolff von Amerongen will ‚Nägel in die Mauer schlagen““, in: Industriekurier vom 24.1.1961.

einen Messe-Boykott stark. Nahezu die Hälfte der Aussteller sagte die Teilnahme an der Herbstmesse kurzfristig ab. Das Verhalten derjenigen, die teilnehmen wollten, wurde von Bundeswirtschaftsminister Erhard als „würdelos“ gebrandmarkt.<sup>78</sup> Ein Teil der Aussteller wich umgehend auf die Brünner Messe aus, wo die bundesdeutsche Industrie die größte Ausstellergruppe bildete.<sup>79</sup> Um das Geheime Zusatzprotokoll zum Berliner Abkommen nicht offen zu verletzen, bemühte sich das Bundeswirtschaftsministerium, den weiteren Boykott über die Wirtschaftsverbände zu organisieren. Der Abteilungsleiter für Gewerbliche Wirtschaft im Bundeswirtschaftsministerium, Carl Krautwig, teilte den Unternehmen mit, die Entscheidung, die Messe zu beschicken, stehe ihnen natürlich frei, doch gedenke die Bundesregierung niemanden, der sich beteilige, gegen ablehnende Reaktionen in der Öffentlichkeit in Schutz zu nehmen.<sup>80</sup> Dies war wiederum ein Rückfall in die frühen fünfziger Jahre. Die Regierung entzog sich ihrer öffentlichen Verantwortung und spekulierte statt dessen auf die Macht der öffentlichen Stimmung. Innerhalb weniger Wochen sagten sämtliche großen Industrieunternehmen ihre Teilnahme an der Frühjahrsmesse 1962 ab. Allein Krupp hatte sich bemüht, die Entscheidung über eine Beteiligung hinauszuschieben, doch Anfang Oktober gab auch Beitz auf. Im Krupp-Direktorium stellte er fest, daß „unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen“ eine Beteiligung nicht in Frage komme.<sup>81</sup>

Der Ost-Ausschuß bemühte sich, den Schaden zu begrenzen. Er hielt sich aus der innerdeutschen Handelsproblematik heraus und war bestrebt, ein Überspringen des Konflikts auf den Handel mit der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Ländern zu verhindern. In seinem ersten Mitglieder-Rundschreiben nach dem Mauerbau faßte er seine Position so zusammen: „Die gegenwärtige Situation in den Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zum Ostblock ist gekennzeichnet durch einen verhältnismäßig glatten Ablauf des Handelsverkehrs bei unterschiedlicher Entwicklungstendenz. Mehr als in den vergangenen Jahren lassen die Diskussionen der letzten Zeit über den Ost-West-Handel erkennen, in welchem Maße politische Überlegungen

---

<sup>78</sup> Die Welt vom 22.8.1961.

<sup>79</sup> Ebenda; Reinhold Biskup, Feindlicher Ost-West-Handel, in: Wirtschafts-politische Chronik 3/1961, S. 27-50, hier S. 39.

<sup>80</sup> Vgl. Heyl, Innerdeutscher Handel, S. 166.

<sup>81</sup> Protokoll der Direktoriumssitzung vom 9.10.1961, HA Krupp, WA 97/79, 81 und 152/80.

und Ereignisse ihn zu beeinflussen in der Lage sind. Infolgedessen ist seine Entwicklung nicht klar vorauszusehen. Wenn man jedoch davon ausgeht, daß der Osthandel nach wie vor einen normalen, legitimen Bestandteil des Gesamtaußenhandels der BRD darstellt und diese Position auch in Zukunft behalten kann, so ist die Entwicklung dieses Außenwirtschaftssektors unverändert von Interesse.“<sup>82</sup> Der Ost-Ausschuß mußte jedoch eine schwere Niederlage einstecken. Die Bundesregierung erzwang die Absage der deutschen Industrieausstellung in Moskau, die Wolff von Amerongen an vorderster Stelle mit vorbereitet hatte.

Anders als der BDI ließ sich die Wirtschaftsvereinigung nicht in die Boykottfront der Regierung einspannen. Auch übte sie nicht die gleiche Zurückhaltung wie der Ost-Ausschuß, sondern pflegte ostentativ ihre Kontakte zu Ostberlin, wobei sich insbesondere der Berlinbeauftragte der eisenschaffenden Industrie, Ernst Wolf Mommsen, keine Schranken auferlegte. Einer der Geschäftsführer des Verbandes, der CDU-Bundestagsabgeordnete Dichgans, verlangte deshalb mehr Abstand zu Ostberlin und meinte sogar, einige Kontakte gerieten mittlerweile in die Nähe des Landesverrats.<sup>83</sup>

Der DIHT ließ seinen traditionellen Stand auf der Leipziger Messe einschlafen.<sup>84</sup> Aber auch hier waren die Reihen nur fast geschlossen. Während die IHK Hamburg schon frühzeitig die Ausstellung von Messeausweisen verweigerte, folgten die IHK Bremerhaven, Bochum, Mannheim und Lübeck der Empfehlung des DIHT-Vorstandes, keine Ausweise auszugeben, zunächst nicht. Die IHK Kiel nahm sogar offiziell an der Leipziger Messe teil. Der Präsident der IHK Mannheim, Freudenberg, wies auf den Widerspruch hin, daß den Firmen eine Teilnahme nicht offiziell verboten sei, die IHK aber keine Ausweise ausstellen sollten.<sup>85</sup>

Die Bonner Osthandelspolitik behielt bei alledem ihren unaufrichtigen Charakter bei. Während die amtlichen Wirtschaftsbeziehungen nicht angetastet wurden und das Bundeswirtschaftsministerium die Treuhandstelle schon Anfang Dezember 1961 wieder ermächtigte, in Ostberlin in

---

<sup>82</sup> OA-Rundschreiben Nr. 5/61 vom 31.10.1961, Archiv des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Akten des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (BDI/OA), 13/1.

<sup>83</sup> Vorstandssitzung der WVESI, 19.12.1961, Mannesmann-Archiv, M 80.402.

<sup>84</sup> RWWA, NL Wolff, Nr. 175.

<sup>85</sup> RWWA, DIHT, 350-50; Paul-Calm, Ostpolitik und Wirtschaftsinteressen, S. 50.

Verbindung mit dem DDR-Handelsministerium zu treten, wurden Industrie und Handel mit Hilfe der öffentlichen Meinung gedrängt, die Leipziger Frühjahrsmesse abzusagen. Der BDI weigerte sich mit demselben Argument, dem Wunsch der Regierung zu entsprechen und zum Boykott der Messe öffentlich aufzurufen, das die Regierung selbst stets vorbrachte: Ein öffentlicher Aufruf würde den Interzonenhandel und die Stellung Berlins gefährden.<sup>86</sup> Obwohl der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, gedroht hatte, „wer mit den Kerkermeistern unseres Volkes heute noch Geschäfte machen will, der soll am besten gleich bei ihnen bleiben“,<sup>87</sup> zählte das Bonner Wirtschaftsministerium auf der Frühjahrsmesse 1962 rund ein Drittel der bundesdeutschen Aussteller von 1960.<sup>88</sup> Krupp und andere Firmen, die sich eine Teilnahme aus politischen Gründen nicht erlauben konnten, gingen nach Posen oder wichen auf andere Ostmessen aus, auch wenn es dafür keine konkreten geschäftlichen Gründe gab.<sup>89</sup> Andere ließen sich über weniger bekannte Aussteller mitvertreten. Diese Haltung wurde in der Presse vereinzelt unterstützt. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung plädierte Dieter Vogel für eine zurückhaltende Beteiligung an der Messe aus zwei Gründen: Erstens sei der positive Einfluß der Besuche auf die DDR-Bevölkerung nicht zu unterschätzen und zweitens habe die Bundesrepublik Interesse am Interzonenhandel, weil mit ihm der Zugang zu Berlin verknüpft sei: Je mehr Handel getrieben werde, desto zugänglicher sei Westberlin.<sup>90</sup>

Der Boykott der Leipziger Messe bröckelte schon nach der Frühjahrsmesse ab. Im Mannesmann-Vorstand hoffte man bereits im Sommer wieder auf eine Beteiligung an der nächsten Frühjahrsmesse. Der DIHT beklagte sich darüber, daß der Appell des NATO-Rats, die Herbstmesse 1962 nicht zu besuchen, von der Wirtschaft der anderen europäischen NATO-Länder „überhaupt nicht beachtet wurde“. Doch die wankende Boykottfront kam noch einmal zum Stehen – jedenfalls wagte im Frühjahr 1963 kein bekanntes Stahlunternehmen, offen in Leipzig aufzutreten.<sup>91</sup> Ein BDI-Beschluß vom 12. Juli 1963 stellte es

---

<sup>86</sup> Notiz für Düren und Hipp vom 8.2.1962. RWWA, DIHT, 350-50.

<sup>87</sup> Laut Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 3.2.1962.

<sup>88</sup> Bericht über die Leipziger Frühjahrsmesse 1962 des BMWi vom 4.8.1962. PA AA, Ref. III A 6 (419), Nr. 155.

<sup>89</sup> Direktoriumsbeschluß vom 29.1.1962, HA Krupp, WA 97/82.

<sup>90</sup> FAZ vom 3.2.1962.

<sup>91</sup> DIHT-Rundschreiben vom 18.8.1962, RWWA, DIHT, 350-50; Mannesmann-

dann wieder jeder Firmenleitung frei, über eine Messe-Beteiligung zu entscheiden. Der Wirtschaftsverband war damit offenbar im Einvernehmen mit der Bundesregierung auf die 1954 vereinbarte Linie zurückgegangen.

Die Konzernleitungen, die bei einem Gang nach Leipzig gleichwohl öffentliche Attacken fürchten mußten, delegierten die Entscheidung teilweise an ihre Einzelfirmen. So gab die GHH-Konzernleitung den einzelnen Firmen für die Beschickung der Messe freie Hand. Der Chef des Konzerns, Hermann Reusch, legte allerdings Wert darauf, daß im Falle einer Beteiligung diese nicht unter „einem Tarn-Namen, sondern ganz offiziell“ erfolge. Menges empfahl, die Teilnahme an der Messe in der Öffentlichkeit nicht herauszustellen, um nicht wieder Zielscheibe für öffentliche Angriffe zu werden. Die Leipziger Messe solle als Routineangelegenheit betrachtet werden, „die jedes sensationellen Beigeschmacks entbehrt“.<sup>92</sup>

Das Direktorium von Krupp, das sich in der Vergangenheit mehrfach hatte vorhalten lassen müssen, das private Geschäft über die politische Moral zu stellen, verhielt sich noch vorsichtiger. Eine Beteiligung an der Messe in dem früher üblichen Rahmen wurde verworfen. Es wurde lediglich geprüft, ob eine Repräsentativ-Vertretung durch die Stahlberatungsstelle erfolgen könne.<sup>93</sup> Diesen Weg beschritt das Gros der westdeutschen Industrieunternehmen. So beschloß der Mannesmann-Vorstand, die Messe „inoffiziell“ zu besuchen. Wie Phoenix-Rheinrohr wolle man sich durch „fremde, neutrale Firmen“ vertreten lassen, um für die Öffentlichkeit keine Angriffsfläche zu bieten.<sup>94</sup> Diese verdeckte Beschickung lag gewissermaßen in der Konsequenz der Regierungspolitik und bezeichnete den eigentlichen Tiefpunkt des bundesdeutschen Umgangs mit der Leipziger Messe. Doch, statt daß der BDI einer solchen Praxis entgegentrat, vollzog er die Regierungspolitik ohne erkennbaren Widerspruch mit und trug so zur Beschädigung des internationalen Ansehens der westdeutschen Industrie bei.

Der DIHT agierte ähnlich. Auf einer Vorstandssitzung im Oktober 1964, auf der die Haltung der Kammern zur kommenden Leipziger Messe geklärt werden sollte, wurde die Ferrostaal AG wegen ihrer

---

Archiv, M. 12.045, Vorstandsprotokolle, 4.6.1962 und 4.2.1963.

<sup>92</sup> Brief von Menges an Garnjost vom 28.8.1963, Archiv St. Antony-Hütte (Rhein. Industriemuseum), NL Garnjost, 1.3.2.1.1.

<sup>93</sup> Direktoriumsbeschluss vom 18.11.1963, HA Krupp, WA 97/97.

<sup>94</sup> Mannesmann-Archiv, M. 12.045, Vorstandsprotokolle, 17.2.1964, 16.9.1963.

Messebeteiligung – wofür sie durch größere Aufträge aus Ostberlin belohnt worden sein soll – für das Wanken der Wirtschaftsfront verantwortlich gemacht. Obwohl die Eisen- und Stahlindustrie keinen Zweifel daran ließ, wieder nach Leipzig zu gehen, bekräftigte der DIHT-Vorstand seinen alten Standpunkt und sprach sich dafür aus, daß die Kammern auch weiterhin keine Ausweise an Messebesucher abgaben. Er schloß sich ferner der Regierungsauffassung an, sich „in Bezug auf eine Teilnahme an der Leipziger Messe Zurückhaltung aufzuerlegen“, doch könne er sich aus politischen Gründen dabei nicht auf diese Einstellung der Bundesregierung berufen.<sup>95</sup> Gegen die Empfehlung des DIHT protestierte allerdings der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Interzonenhandel, AEG-Vorstand Matthias Schmitt, weil er sie in der Sache für zu weitgehend hielt. Demgegenüber betonte er das Entscheidungsrecht der Einzelunternehmen und die Zuständigkeit der Arbeitsgemeinschaft für Fragen, die im Zusammenhang mit dem innerdeutschen Handel standen.<sup>96</sup>

Im Frühjahr 1965 waren die großen Unternehmen – einschließlich der bundeseigenen Salzgitter – wieder offiziell in Leipzig; sie hielten sich in der Außendarstellung aber noch zurück. Der Krupp-Stand erreichte zum Beispiel nicht die Größe desjenigen von 1961, und auch Berthold Beitz blieb Leipzig fern. Doch die Ruhrindustrie, die chemische und Elektroindustrie waren wieder in Leipzig präsent. Sie verfolgten gespannt das Auftreten der DDR-Staatsführung, und diese registrierte sorgfältig das Verhalten der Firmen. Der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, besuchte erst einen Tag vor Messeschluß die bundesdeutschen Aussteller und hier auch nur die Unternehmen der Eisen- und Stahlbranche, die sich stets für den deutsch-deutschen Handel eingesetzt hatten. Auf dem Krupp-Stand erklärte er, daß politische Dinge nicht mit Handelsfragen in Verbindung gesetzt werden sollten. „Wirtschaft ist Wirtschaft und Politik ist Politik“, bekundete Stoph. Die DDR-Staatsführung bat um eine baldige Mitteilung der bundesdeutschen Seite darüber, ob diese Auffassung unterstützt werde. Für diesen Fall versprach sie, die Diskriminierung der westdeutschen Aussteller zu beseitigen. Sollte die bundesdeutsche Seite die Abwicklung des beiderseitigen Wirtschaftsverkehr jedoch weiterhin behindern und nicht von der rigiden Handhabung der

---

<sup>95</sup> Protokollauszug der DIHT-Vorstandssitzung vom 14.10.1964, RWVA, DIHT, 350-50.

<sup>96</sup> Schreiben Schmitts vom 29.10.1964, RWVA, DIHT, 350-50.

Hallstein-Doktrin abrücken, dann werde dies – so wurde gedroht – Konsequenzen für den Handel haben.<sup>97</sup>

Daß in der westdeutschen Industrie eine ausgesprochen pessimistische Einschätzung über die auf Grund gelaufene Bonner Deutschland- und Ostpolitik vorherrschte, belegen die Eindrücke, die Dietrich Wilhelm von Menges von seinem eintägigen Besuch in Leipzig mit nach Hause nahm. Der Ferrostaal-Vorstandsvorsitzende räumte ein, daß die Leipziger Frühjahrsmesse trotz des bundesdeutschen Boykotts „zu einem echten östlichen Pendant der Hannoverschen Messe geworden“ sei. Die Beteiligung an der Messe als einen Verrat an den Gegnern ‚der Zone‘ darzustellen – wie dies in der Öffentlichkeit unverändert geschah – sei „eine westdeutsche Wunschvorstellung“. Die Ostdeutschen wollten nämlich auf Dauer nicht als „arme Verwandte angesehen, sondern als Partner respektiert werden“. Die DDR habe die Isolierung, für die die Hallstein-Doktrin und der westdeutsche Wirtschaftsaufschwung gesorgt hätten, inzwischen aufgebrochen und sei zum „Gegenangriff“ übergegangen, der ihr durch die „Abstinenz und Passivität der Bundesrepublik“ erleichtert worden sei. Deswegen käme es darauf an, durch die Wirtschaft die „Zone stärker als bisher an uns zu binden“.<sup>98</sup> Daß der Mut der Industrie gewachsen war, eine solche Strategie ganz offen zu verfolgen, unterstrich die starke Beteiligung bundesdeutscher Firmen an der Leipziger Herbstmesse 1965.<sup>99</sup>

Den neuen Gleichklang von amtlicher und industrieller Ostpolitik sowie öffentlicher Meinung in der Bundesrepublik kündigte die Leipziger Frühjahrsmesse 1966 an. Die größte Ausstellungsfläche belegten mit 35.900 qm die bundesdeutschen und Westberliner Aussteller. Ihnen folgte deutlich abgeschlagen die UdSSR mit 13.220 qm, dann Frankreich mit 7.630 qm. DDR-Außenhandelsminister Horst Sölle berichtete dem Politbüro zufrieden, daß zwar keine Regierungsdelegationen, doch immerhin zahlreiche politisch bedeutende Einzelpersonlichkeiten die

---

<sup>97</sup> Protokoll der Direktoriumssitzung vom 8.3.1965, HA Krupp, WA 97/112; Gesprächsnotiz Stoph vom 8.3.1965, WA 48B/244; Aktennotiz Leipziger Messe 1965 vom 12.4.1965, Archiv St. Antony-Hütte (Rhein. Industriemuseum), NL Garnjost, 1.3.2.1.1.

<sup>98</sup> V. Menges, Eindrücke von einem eintägigen Besuch der Leipziger Messe – Februar 1965, 23.3.1965, Archiv St. Antony-Hütte (Rhein. Industriemuseum), NL Garnjost, 1.3.2.1.1.

<sup>99</sup> Der steigende Auftragseingang aus der DDR, der zwischen Januar und Juni 1965 bei 14,6 Mill. DM lag, erleichterte fraglos die Kruppsche Entscheidung. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 2.8.1965, HA Krupp, WA 97/116.

Messe besucht hätten.<sup>100</sup> Die Staats- und Parteiführung machte hierin ein Zeichen der politischen Anerkennung des kleineren deutschen Staates aus. Die Wende dokumentierte sich aber nicht nur in der beträchtlichen Vermehrung und bemerkenswerten Aufteilung der Ausstellungsfläche, der großen Zahl anwesender einflußreicher Persönlichkeiten oder in hohen Geschäftsabschlüssen, sondern vor allem in einem unerwarteten politisch-klimatischen Signal, das der Abschlußbericht des Kruppschen Standleiters Hammann gleich im ersten Satz hervorhob: „Gegenüber allen übrigen Leipziger Messen nach dem Kriege wurden keinerlei politische Parolen mehr festgestellt, sowohl auf dem Messegelände selbst als auch im Bereich der Stadt Leipzig“. Atmosphärisch sei eine „wesentliche Versachlichung“ auszumachen gewesen, da „politische Themen beiseite gelassen“ wurden.<sup>101</sup>

Die DDR signalisierte damit ihre Bereitschaft zur Entpolitisierung des Ost-Westhandels. Das Signal wurde von Bonn nicht direkt erwidert, der Boden für die Neue Ostpolitik war damit jedoch bereitet.

---

<sup>100</sup> Bericht Sölles vom 23.2.1966, Bundesarchiv (Barch) DC 20/4594.

<sup>101</sup> Bericht über die Leipziger Frühjahrmesse 1966 vom 18.3.1966, HA Krupp, WA 48B/252.

## Autoren

- Jan Gerber                      Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Christina Schröder            Doktorandin, University of Essex, Großbritannien
- Jana Wüstenhagen            Dr. phil, wissenschaftliche Assistentin, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Karsten Rudolph              Dr. phil., Privatdozent, Ruhr-Universität Bochum
- Georg Wagner-Kyora         Dr. phil., Privatdozent, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

## ***Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte***

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (Heft 1-14)  
Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab Heft 15)  
Lehrstuhl für Zeitgeschichte  
Institut für Geschichte  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
06099 Halle

### ***Heft 4 / 1998***

Mit Beiträgen von Falk Lange, Matthias Uhl, Holger Zaunstöck,  
Henrik Eberle und Denise Wesenberg.

### ***Heft 5 / 1998***

Mit Beiträgen von Andreas Schmidt, Hermann-Josef Rupieper und Isolde Stark.  
Im Gespräch: Günter Mühlpfordt.

### ***Heft 6 / 1999***

Mit Beiträgen von Wiebke Janssen, Dietmar Schulze und Alexander Sperk.  
Im Gespräch: Santiago Carrillo

### ***Heft 7 / 2000***

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Dr. Robert Grünbaum, Inga Grebe und  
Matthias Uhl.

### ***Heft 8 / 2000 (Sonderheft)***

Sonderheft mit studentischen Beiträgen zum Thema Holocaust.

### ***Heft 9 / 2001***

Mit Beiträgen von Victor Artemov, Manfred Müller, Daniel Bohse und Carel  
Horstmeier

ISSN 1433-7886